

haben keinen direkten Zugang zu den Schulen und damit auch keine Möglichkeit, Verbesserungen durchzusetzen. Sie können nur die Rolle des kritischen Beobachters einnehmen und die Ergebnisse ihrer Befragungen an die Behörden weiterleiten – und hoffen, dass diese korrigierend eingreifen.

Was ist Bildung in Krisengebieten also wert? Dass weniger als 3 Prozent des humanitären Gesamtbudgets für Bildung ausgegeben wird, ist angesichts der vielen Krisen ebenso verständlich wie bedauerlich. Doch schon dieser geringe finanzielle Anteil bringt einen immensen Nutzen für die Betroffenen. Bildung ist die humanitäre Intervention, die den Menschen etwas Würde und Normalität zurückgibt in einer Situation, die so schwierig, eigentlich nicht auszuhalten und vor allem eines ist: alles andere als normal. • •

Janosch Klemm arbeitete in seinem Kolleg-Jahr im Libanon und in London.

Subventionen ohne Kontrolle

In Guinea werden staatliche und private Hochschulen zu großzügig gefördert

Alina Kleinn | „Über 47 000 fiktive Studenten in Guinea“ – so betitelte die BBC Africa einen Zeitungsbericht, den mir ein Kollege wenige Tage vor meinem Einsatz zuschickte. Wir sollten eine Kapazitätsanalyse für das guineische Bildungsministerium erstellen, das im Oktober 2016 begonnen hatte, alle an privaten und staatlichen Universitäten eingeschriebenen Studierenden biometrisch zu erfassen. Warum hatte sich die Regierung zu diesem Schritt entschlossen?

Universitäten werden in Guinea großzügig gefördert. Obwohl nur 20 Prozent der Bevölkerung eine Hochschulzugangsberechtigung haben und ein

Fast die Hälfte aller Gelder fließt in Studiengebühren für private Universitäten

noch geringerer Anteil studiert, investiert der Staat 40 Prozent seines Bildungsbudgets in Unis – es ist derselbe Anteil, der auch in die Grundschulbildung investiert wird. Maßgeblich für die Höhe der finanziellen Zuwendungen ist die Zahl der Studierenden:

Für öffentliche Hochschulen bestimmt ihre Anzahl den Etat für Dozenten, Infrastruktur und Ausstattung, den der Staat zur Verfügung stellt. An den privaten Hochschulen werden seit einigen Jahren auch die Studiengebühren finanziert, was dazu geführt hat, dass die Zahl der privaten Hochschulen seit 2006 rasant gestiegen ist: Mittlerweile fließt fast die Hälfte aller Gelder für den Hochschulsektor in Studiengebühren für private Universitäten.

Diese Subventionspolitik kann aber nur dann positive Ergebnisse bringen, wenn der Staat in der Lage ist, seine Bildungspartner zu kontrollieren. Dazu bedarf es einer zuverlässigen Erfassung der tatsächlichen Studierendenzahlen und einer mit genügend Ressourcen ausgestatteten Kontrollinstanz, um sicherzustellen, dass Subventionen nicht nur angenommen, sondern auch

in qualitativ akzeptable Studiengänge investiert werden. Der Verdacht, dass diese Kontrolle nicht funktioniert, war der Auslöser für die Biometriekampagne: Sie sollte eventuelle Betrügereien aufdecken. Jeder Studierende musste sich per Fingerabdruck registrieren lassen und seine Hochschulzugangsberechtigung vorzeigen. Die Ergebnisse bestätigten den Verdacht, dass es dem Bildungsministerium nicht gelungen war, seine Subventionspolitik effektiv zu kontrollieren: Allein für die Region der Hauptstadt Conakry konnten von angeblich 52 000 Studenten an privaten Universitäten nur 38 Prozent (20 000) bestätigt werden. An den öffentlichen Hochschulen waren die Zahlen zwar geringfügig besser, sind mit 57 Prozent (19 000) der 33 000 angeblich eingeschriebenen Studenten trotzdem ein beunruhigendes Ergebnis.

Oft mangelt es nicht an Inhalten und Reformideen, sondern an ihrer Umsetzung

Was muss ein Bildungsministerium leisten?

Während meines Kolleg-Jahres habe ich am Internationalen Institut für Bildungsplanung (IIEP) der UNESCO gearbeitet und hauptsächlich so genannte Bildungssektoranalysen begleitet: Studien, die untersuchen, welche Prozesse in einem Bildungssystem funktionieren und welche nicht. Auf dieser Grundlage werden dann Lösungsansätze identifiziert, die häufig Weiterbildung oder technische Unterstützung für die Aufsichtsbehörde beinhalten. Das IIEP will vor allem Bildungsministerien unterstützen, denn dort wird Bildungspolitik geplant und umgesetzt.

Die Agenda für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen fordert die Weltgemeinschaft in ihrem vierten Entwicklungsziel dazu auf, bis 2030 allen Kindern eine freie und gleichberechtigte Grund- und Sekundarbildung zu garantieren. Obwohl sich weltweit die Bildungssituation langsam verbessert, sind viele Staaten, auch Guinea, von diesem Ziel noch weit entfernt.

Die Gründe für die schleppende Verbesserung sind vielfältig. Oft mangelt es nicht an Inhalten und Reformideen, sondern an ihrer Umsetzung, wie das Beispiel der Subventionierung in Guinea zeigt. Die Bildungsministerien in den betroffenen Ländern verfügen nicht über die notwendigen Strukturen, Prozesse, Ressourcen und Qualifikationen, um Bildungspolitik effektiv zu gestalten. So rückt die Frage nach den konkreten Inhalten eines Geschichtslehrplans für die Mittelstufe in den Hintergrund, wenn die zentrale Herausforderung eine logistische ist, da Schulbücher zwar in der Hauptstadt gedruckt werden, es auf dem Weg in die Schulen aber zu so vielen Verzögerungen kommt, dass die neuen Geschichtsbücher letztlich nur wenige Schulen erreichen. Häufig liegt das Problem aber auch bei den Mitarbeitern. In Guinea, wie in vielen Ländern Westafrikas, arbeiten im Ministerium häufig ehemalige Lehrer, die keine ausreichenden Kenntnisse in Statistik, Management oder Bildungspolitik haben. Freie Stellen werden nicht ausgeschrieben; es gibt kein Anforderungsprofil oder Bewerbungsprozess, der qualifizierte Bewerber identifizieren könnte.

Dies ist vor allem deshalb problematisch, weil Bildung zu den Bereichen gehört, in denen die Planungskapazität eines Staates besonders gefordert wird.

Bis in die letzte Dorfschule ist das Ministerium verantwortlich für das, was der Lehrer lehrt, für die Infrastruktur der Schule, die Ausstattung mit Schulbüchern und damit auch für den Lernerfolg von Schülerinnen und Schülern. Ein erfolgreiches Bildungsministerium muss visionär und pragmatisch zu-

Die Ebola-Epidemie hat die finanziellen Kapazitäten des Staates weiter verringert

gleich sein: Langfristige realistische Ziele müssen identifiziert und in Bildungsreformen übersetzt werden. Dies erfordert die Erhebung von verlässlichen Statistiken, die kompetent ausgewertet werden, sowie Mut und Geschick, um künftige Entwicklungen

und Bedürfnisse zu prognostizieren. Gleichzeitig muss das tägliche Funktionieren von Schulen garantiert werden. Das reicht von einer effizienten Verteilung von Finanzmitteln an Schulen, die nicht unbedingt über ein Bankkonto verfügen, bis hin zum Personalmanagement der Schulleiter und Lehrer.

Langfristige Ziele

Vor allem in Entwicklungsländern sind dies Mammutaufgaben, die nur mit großem Aufwand gestemmt werden können. Guinea gehört zu den so genannten Low Income Countries, für die sowohl die Millenniumsentwicklungsziele als auch die Nachhaltigen Entwicklungsziele schwer zu erreichende Herausforderungen sind. Auf dem Index der Menschlichen Entwicklung der Vereinten Nationen, der aus Lebenserwartung, durchschnittlicher Dauer des Schulbesuchs und Bruttonationaleinkommen eine Rangliste der Länder erstellt, steht Guinea ganz weit hinten: auf Platz 183 von 188. Das Land ist zwar reich an Bodenschätzen, aber gebeutelt von politischer Instabilität und Korruption. Die Ebola-Epidemie, die ab 2014 im tropischen Süden des Landes über 2500 Menschen das Leben kostete, hat die Kapazitäten weiter verringert, landesweit ein effektives Bildungssystem aufzubauen. Der Ebola-bedingte Stillstand ganzer Wirtschaftszweige durch den Abzug internationaler Arbeiter, die Schließung der Grenzen in einer Region, die stark vom Handel abhängig ist, und die massiven Ausgaben im Gesundheitssektor haben Guineas Staatsverschuldung erhöht und die bereits zuvor nur geringen Investitionen in das Bildungssystem weiter zurückgefahren.

Die Auswertung der biometrischen Daten dauert noch an. Ob es strafrechtliche Konsequenzen geben wird, ist ungewiss; einige Unipräsidenten haben die Ergebnisse bereits angefochten. Letztendlich werden die Finanzierungsverträge mit jeder Universität neu geschrieben werden, und für einige Zeit wird der Staat wohl tatsächlich für die korrekte Studentenzahl bezahlen. Um das Problem nachhaltig zu lösen, müsste der Staat massiv in die Ausbildung der Mitarbeiter einer Aufsichtsbehörde investieren. Das ist jedoch kostspielig, wird erst mittelfristig Ergebnisse zeigen und daher keine politische Priorität haben. Es ist der Widerspruch zwischen kurzfristigen politischen Interessen und dem langfristigen Wert einer guten Ausbildung, der vielen Staaten beim Erreichen ihrer Bildungsziele im Wege steht. • •

[Alina Kleinn arbeitete in Paris, im Senegal, in Guinea und in Argentinien.](#)